

Sparkassengewinn Die Offenbacher Bank soll Überschüsse an die Kommune ausschütten.

KOMMENTAR  
Berechtigte  
Forderung



Agnes Schönberger

Mit ihrer Forderung, die Offenbacher Sparkasse solle 4,9 Millionen Euro aus ihrem Gewinn von 2016 an die Stadt ausschütten, hat die Piratenpartei eine interessante Debatte angestoßen. Denn tatsächlich lässt sich nur schwer nachvollziehen, weshalb die arme Kommune nicht von guten Geschäften ihrer Sparkasse profitieren sollte. Schließlich gehört das Kreditinstitut nicht sich selbst, sondern es ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. Das Argument, eine Ausschüttung sei nicht möglich, weil man das Eigenkapital stärken müsse, wird zwar seit Jahrzehnten gebetsmühlenartig wiederholt. Überzeugen kann die Sparkasse damit aber nicht. Das Offenbacher Geldhaus steht gut da, die Eigenkapitalquote ist weit höher als erforderlich. Und auch bei einer Abführung wäre sie immer noch gut.

Gerne weist die Sparkasse darauf hin, dass sie Vereine mit Spenden fördere. Das tun andere Finanzinstitute aber auch. Das

## Der Millionenschatz

Piratenpartei stößt Debatte über Verwendung der Reserven öffentlich-rechtlicher Geldhäuser an

VON AGNES SCHÖNBERGER

Die Sparkasse als Retter in der Not, um Haushaltslöcher zu stopfen oder Schulen und Kitas zu sanieren? Die Idee klingt verlockend. Das Geldhaus mit dem roten Logo könnte jährlich Millionen seines Bilanzgewinns an die Stadt Offenbach überweisen. Sie müsste es sogar, meint zumindest Rainer Gottwald vom Bürgerforum Landsberg am Lech, der jüngst auf Einladung der Stadtpiraten Offenbach und der Stiftung 42 e. V. Hauptreferent einer Tagung über die „Demokratisierung von Geld“ war.

In Bayern hat der untriebige Rentner für Aufruhr bei den Instituten und teilweise für Begeisterung bei Lokalpolitikern gesorgt. Sein Anliegen: eine strengere Kontrolle der Sparkassen durch ihre Träger und mehr Transparenz. Er will die öffentlich-rechtlichen Häuser zwingen, mehr Geld an die Kommunen auszuschütten.

Die Offenbacher Sparkasse ist die erste in Hessen, durch deren Bilanz er sich gewühlt und erhebliche Reserven in Millionenhöhe gefunden hat. Er hofft, mit seinen Zahlen eine Diskussion über die Verwendung der Millionenüberschüsse auszulösen. Das ist auch das Hauptanliegen der Piratenpartei. Deren Vorsit-



Der 1999 bezogene Sparkassen-Neubau an der Berliner Straße hat 40 Millionen Euro gekostet. MONIKA MÖLLER

### SPARKASSE OFFENBACH

Eigentümer der Sparkasse Offenbach

Die Aufwandsentschädigung für die

lich betrage der Gewinn 7,3 Millionen Euro, von denen 6,3 Millionen Euro in den Fonds für allgemeine Bankrisiken geflossen

Sparkasse damit aber nicht. Das Offenbacher Geldhaus steht gut da, die Eigenkapitalquote ist weit höher als erforderlich. Und auch bei einer Abführung wäre sie immer noch gut.

Gerne weist die Sparkasse darauf hin, dass sie Vereine mit Spenden fördere. Das tun andere Finanzinstitute aber auch. Das Problem an Spenden ist, dass sie keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Zudem dienen sie häufig der Selbstdarstellung und dem Marketing.

Dass die Lokalpolitiker die Vorschläge des Sparkassenvorstands in der Regel abknicken, mutet merkwürdig an. Vielleicht fehlen ihnen Bilanzkenntnisse und Zeit. Oder sie scheuen den Konflikt. Es wäre wünschenswert, wenn die Kommune als Eigentümerin ihre Rechte stärker wahrnehme und für Transparenz Sorge. Dass Ausschüttungen möglich sind, beweist die Sparkasse Darmstadt, die 2015 fünf Millionen Euro an die Stadt überwies. Die Frankfurter Volksbank überraschte ihre Mitglieder 2017 mit einer Jubiläumsdividende von 7,55 Prozent.

Die Offenbacher Sparkasse ist die erste in Hessen, durch deren Bilanz er sich gewühlt und erhebliche Reserven in Millionenhöhe gefunden hat. Er hofft, mit seinen Zahlen eine Diskussion über die Verwendung der Millionenüberschüsse auszulösen. Das ist auch das Hauptanliegen der Piratenpartei. Deren Vorsitzender Helge Hergert, der auch Oberbürgermeisterkandidat ist, betonte, er wolle keine Neiddebatte um Vorstandsgehälter. Ihm gehe es in erster Linie um das Geld, das für Kultur, Sport und Soziales genutzt werden könnte.

### 26 Millionen Euro sind der Stadt seit 2012 entgangen

Bei der Tagung gab es auch Kritik an Gottwalds Thesen. „Ist die Sparkasse denn unser Hauptfeind? Das sind doch eher die Geschäftsbanken“, meinte ein Besucher. Ein anderer forderte Gottwald auf, seine Initiative auf die Banken auszuweiten, „die mehr Dreck am Stecken haben“.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss 2016 der Offen-



Der 1999 bezogene Sparkassen-Neubau an der Berliner Straße hat 40 Millionen Euro gekostet. MONIKA MÜLLER

## SPARKASSE OFFENBACH

**Eigentümer** der Sparkasse Offenbach ist zu 100 Prozent die Stadt. Vorsitzender des Verwaltungsrats ist Oberbürgermeister Horst Schneider (SPD). Das Gremium hat 16 Mitglieder, ihm gehören aus der Politik neben dem OB Kammerer Peter Freier (CDU), Minister Stefan Grüttnar (CDU), SPD-Fraktionschef Andreas Schneider und die Grünen-Politikerin Birgit Simon an.

**Der Verwaltungsrat** ist unabhängig gegenüber dem Stadtrat und der Sparkasse. Er bestimmt, zumindest in der Theorie, die strategischen Richtlinien der Sparkasse, während der Vorstand die laufenden Geschäfte erledigt.

bacher Sparkasse jüngst festgelegt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Es wurde beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von einer Million Euro der

**Die Aufwandsentschädigung** für die Verwaltungsräte belief sich 2016 auf insgesamt 33 000 Euro.

**Vorstandsvorsitzender** Guido Braun erhält ein Jahresgehalt von 376 000 Euro, sein Stellvertreter Werner Schwind bekommt 271 000 Euro. Das Gehalt beider Vorstände stieg von 2013 bis 2015 um insgesamt 100 000 Euro.

**Laut hessischem Sparkassengesetz** sind Ausschüttungen an den Träger in „angemessenem Umfang“ erlaubt. Das Geld darf nicht für die Schuldentilgung, sondern nur für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. ags

Sicherheitsrücklage zuzuführen. Gottwald wirft dem Institut vor, den Jahresüberschuss bewusst kleinzuhalten, um keine Begehrlichkeiten zu wecken. Tatsäch-

lich betrage der Gewinn 7,3 Millionen Euro, von denen 6,3 Millionen Euro in den Fonds für allgemeine Bankrisiken geflossen seien, auf die nur der Vorstand Zugriff habe.

Gottwald hält das für bedenklich. Schließlich habe das Finanzministerium Düsseldorf die Jahresbilanz der dortigen Sparkasse für rechtswidrig erklärt, weil die Rechte des Verwaltungsrats unterlaufen worden seien. Dort waren 90 Prozent des Gesamtgewinns dem Fonds zugeführt worden, in Offenbach sind es 86 Prozent. Nach Angaben von Manfred Bernius, Leiter des Vorstandsstabs bei der Städtischen Sparkasse, ist Düsseldorf ein Sonderfall. Dort seien Beteiligungen verkauft worden, was einmalig zu dem hohen Gewinn geführt habe.

Gottwald hält den Verzicht auf die Ausschüttung von 4,9 Millionen Euro an den Ei-

## Streiter für mehr Transparenz

„Sparkassenschreck“ Rainer Gottwald: Institute horten Kapital, statt es an die kommunalen Träger abzuführen

Rainer Gottwald ist erst im Ruhestand zum Rebellen geworden. Der promovierte Betriebswirt, Ex-Inspektor eines Landratsamts und zuletzt selbstständiger Berater wirkt mit seinem silbernen Haar, den buschigen Brauen und den roten Wangen wie ein freundlicher Rentner. Doch wenn das Thema auf die Sparkassen kommt, wählt der 72-Jährige aus Landsberg am Lech deftige Worte. Er wirft den Instituten mangelnde Transparenz im Geschäftsgeheimen, Sparkassenchefs und Kommunalpolit-

ikern Kungelei und den Verwaltungsräten fehlende Bilanzkenntnisse sowie mangelnden Willen zur Kontrolle vor.

Darüber ärgert sich Gottwald. Denn er ist überzeugt, dass die Sparkassen trotz neuer Eigenkapitalregeln für Banken und niedriger Zinsen „im Geld schwimmen“, aber das Kapital horten, statt einen Teil des Gewinns an die kommunalen Träger auszuschütten.

Gottwald ist durch Zufall zum „Sparkassenschreck“ geworden, wie er sich selbst bezeichnet.

2013 hatte er einen anonymen Anruf erhalten. Der Mann am Telefon forderte den Rentner auf, sich in die Bilanz der Landsberger Sparkasse zu vertiefen. Dort



Rainer Gottwald war als Controllier bei Sparkassen und bei Airbus tätig. SCHÖNBERGER

liege ein Millionenschatz, der der bettelarmen Kommune zugute kommen müsse. Gottwald war

zu dem Zeitpunkt schon eine lokale Berühmtheit, weil er die Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Kurzarbeit schicken wollte, um den Haushalt zu entlasten.

Er vertiefte sich in das Zahlenwerk und stieß auf Reserven von 30 Millionen Euro. Gottwald schrieb an den Oberbürgermeister und das Geldinstitut, die Sparkasse könne ohne Probleme zehn Millionen Euro ausschütten. Sein Vorschlag stieß aber auf wenig Begeisterung. Wie das? Gottwald spricht von einer „Wahrgenbürgmentalität“ und von

„Seilschaften“ zwischen Rathaus und Sparkassen.

Doch er gab nicht auf, sondern knöpfte sich alle 71 bayerischen Sparkassen vor. Das Ergebnis seines Elfers: Die Geldhäuser hätten nach seinen Berechnungen 2015 600 Millionen Euro an die Träger ausschütten können. Tatsächlich seien es nur 16 Millionen Euro gewesen, weil lediglich fünf Sparkassen Gewinne abführten.

Gottwald wird ein gefragter Experte. Für manche Lokalpolitiker wird er zum Hoffnungsträger

## „Neues Büroviertel passt genau ins Konzept“

ESCHBORN Baudezernent Kannengießer sieht keine Verkehrsprobleme durch mehr Einpendler

Kann die Kleinstadt Eschborn ein weiteres Büroviertel mit fast 2000 neuen Arbeitsplätzen im Gewerbegebiet Süd verkraften? Baudezernent Adolf Kannengießer (SPD) beantwortet die Fragen der FR.

**Herr Kannengießer, der Frankfurter Projektentwickler Gertler Estates will im Gewerbegebiet Süd für 100 Millionen Euro ein neues Business-Quartier bauen – mit Bürogebäuden, einer Shopping Mall und einem Hotel. Was bedeutet das für die Stadt?**

Das Projekt ist absolut in unserem Sinn. Wir bereiten gerade einen Masterplan für Eschborn vor, in dem wir uns auch über die Struktur des Gewerbegebietes Süd Gedanken machen wollen. Großzügige Plätze, wie es die Pläne des Investors vorsehen, würden die Aufenthaltsqualität für die Menschen, die dort arbeiten, verbessern. Das ist nicht verkehrt. Außerdem fehlen in Eschborn Räume für Veranstaltungen und Kongresse. Die könnten in dem neuen Quartier ebenfalls entstehen.

**Bereits jetzt pendeln mehr als 30.000 Menschen täglich nach Eschborn zur Arbeit. Morgens und am späteren Nachmittag gibt es regelmäßig Staus auf den Zufahrtsstraßen. Kann die Stadt noch mehr Arbeitsplätze überhaupt verkraften?**

Altmodisch sind wir dabei, die Verkehrssituation in der Stadt zu verbessern. Es wird eine neue Autobahnbrücke von der A 66

direkt in die Düsseldorfstraße gebaut. Die Düsseldorfstraße wird ausgebaut, auch die Mannheimstraße und die Rahmenerstraße bauen wir aus. Erleichterungen erwarten wir auch durch den Bau der beiden Kreisel in der Innenstadt – dem sogenannten Rapp-Kreisel an der Einmündung von Hauptstraße, Sossenheimer Straße und Göt-



Adolf Kannengießer ist Stadtrat für Planen und Bauen im Eschborner Rathaus. SK/ML

zenstraße und dem Kreisel an der Ecke Sossenheimer Straße, Berliner Straße und Hamburger Straße. Die Arbeiten für die Kreisel werden im kommenden Herbst, die für die übrigen Maßnahmen 2019 abgeschlossen sein. Das Land Hessen erneuert außerdem die Autobahnbrücke an der A 66, so dass künftig ein zweispuriger Verkehr an der Ortseinfahrt in Richtung der Gewerbegebiete möglich sein wird. Darüber hinaus macht sich auch der Projektentwickler Gedanken. Er hat vor, einen Fahrradpark zu bauen, mit Radgaragen, Duschen und Umkleiden und Stromtankstellen für E-Bikes und Elektrofahrzeuge, sowie Carsharing-Angebote zu installieren.

**Ist damit gewährleistet, dass die Staus rund um Eschborn Vergangenheit sind?**

Wir erwarten durch die neuen



Der „Börsenplatz Eschborn“-Tower soll weithin sichtbar sein. NSH

Maßnahmen deutliche Verbesserungen. Darüber hinaus kommen die Vorstellungen des Projektentwicklers zum Verkehr unseren Vorstellungen, das Gewerbegebiet Süd an Radschnellwege anzuschließen, durchaus entgegen. Mittelfristig muss der öffentliche Nahverkehr zum Beispiel durch Schnellbuslinien oder auch durch den Bau der Regionaltangente West verbessert werden. Zu den Stoßzeiten wird es wohl weiterhin Engpässe geben, das lässt sich aber in einem Verdichtungsraum wie dem Rhein-Main-Gebiet nicht vermeiden.

**Gertler Estates will 2018 mit dem Bau des neuen Business-Quartiers an der Börse beginnen. Eine Baugenehmigung gibt es dafür noch nicht. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass sie bis dahin vorliegt?**

Das kann ich noch nicht abschließend sagen. Wir haben im Eschborner Rathaus auch sehr kurzfristig von dem Projekt erfahren. Viele Einzelheiten müssen dazu noch geklärt werden. Wenn alles vernünftig vorbereitet wird, kann das aber schon klappen.

Interview: Andrea Best

gentümer, also die Stadt Offenbach, für rechtswidrig. Nach seinen Worten hätte die Sparkasse seit 2012 26 Millionen Euro an die Stadt überweisen können. Oder sogar müssen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Hessische Gemeindeordnung, die besagt, dass Steuern nur dann erhöht und Kredite aufgenommen werden dürfen, wenn Erträge aus „sonstigen Einnahmen“ wie Mieten und eben auch aus der Sparkassenabführung ausgeschöpft worden seien.

**Auch bei Ausschüttung wäre Eigenkapitalquote sehr gut**

Die Eigenkapitalquote der Offenbacher Sparkasse beträgt 17,9 Prozent. Damit liegt sie weit über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestquote von 8,6 Prozent und auch über der von der Aufsichtsbehörde BaFin für 2019 geforderten „Worst Case“-Quote von 15,6 Prozent. Selbst mit einer Ausschüttung von 4,9 Millionen Euro betrage die Quote immer noch 17,2 Prozent, so Gottwald.

Kritisch äußerte er sich zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, der innerhalb von vier Jahren um 26 Millionen Euro auf 42 Millionen Euro gestiegen sei. Die Sparkasse begründet die Erhöhung damit, die Rücklagen zu

von 19,6 Prozent, davon im ersten Ausschüttung von 4,9 Millionen Euro betrage die Quote immer noch 17,2 Prozent, so Gottwald.

Kritisch äußerte er sich zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, der innerhalb von vier Jahren um 26 Millionen Euro auf 42 Millionen Euro gestiegen sei. Die Sparkasse begründet die Erhöhung damit, die Rücklage werde benötigt, damit weder Kunden noch Träger im Falle von Schwierigkeiten zur Kasse gebeten werden müssen. Den Sparkassen helfe der Staat bei Schieflage nicht. Zudem halte die Deutsche Bundesbank wegen der Niedrigzinsen neben der „Worst Case“-Kapitalquote weitere Kapitalanforderungen für nötig und habe dies auch in ihren Bescheiden mitgeteilt.

Gottwald bestreitet, dass die Sparkasse unter der Niedrigzinsphase leidet. Seit 2012 seien nicht nur die Zinserträge (minus 14 Millionen Euro), sondern auch die Zinsaufwendungen (minus 10,5 Millionen Euro) gesunken. Da die Provisionserträge im selben Zeitraum um zwei Millionen Euro gestiegen seien, sei der Saldo nahezu gleich.

ger, andere halten ihn für einen „Qualgeist“, wie eine Zeitung schrieb. Mittlerweile hat er Mitstreiter gefunden und die Initiative Bürgerforum Landsberg am Lech gegründet. Die geplante Fusion der Sparkassen Neu-Ulm und Günzburg scheiterte, nachdem Gottwald öffentlich gemacht hatte, dass durch den Zusammenschluss die Vorstandgehälter steigen würden. Die Veranstaltung in Offenbach, so hofft er, könnte der Auftakt für eine Debatte über höhere Ausschüttungen und Reformen sein. ags

**Eschborn zur Arbeit. Morgens und am späteren Nachmittag gibt es regelmäßig Staus auf den Zufahrtsstraßen. Kann die Stadt noch mehr Arbeitsplätze überhaupt verkraften?**

Aktuell sind wir dabei, die Verkehrssituation in der Stadt zu verbessern. Es wird eine neue Autobahnabfahrt von der A648

bauen, mit Radgaragen, Duschen und Umkleiden und Stromtankstellen für E-Bikes und Elektrofahrzeuge, sowie Carsharing-Angebote zu installieren.

**Ist damit gewährleistet, dass die Staus rund um Eschborn Vergangenheit sind?**

Wir erwarten durch die angesto-

offentliche Nahverkehr zum Beispiel durch Schnellbuslinien oder auch durch den Bau der Regionaltangente West verbessert werden. Zu den Stoßzeiten wird es wohl weiterhin Engpässe geben, das lässt sich aber in einem Verdichtungsraum wie dem Rhein-Main-Gebiet nicht vermeiden.

Eschborner Rathaus auch sehr kurzfristig von dem Projekt erfahren. Viele Einzelheiten müssen dazu noch geklärt werden. Wenn alles vernünftig vorbereitet wird, kann das aber schon klappen.

Interview: Andrea Rost

## Homosexueller kämpft gegen Abschiebung

HANAU Einem 21-Jährigen droht in seiner Heimat Verfolgung / Gericht sieht keinen Asylgrund

VON GREGOR HASCHNIK

Der Mullah aus Adnans Dorf hatte ihn in einer Predigt für vogelfrei erklärt. Ein Mann liebt einen Mann – für den Geistlichen eine Todssünde. Spätestens ab da wurde Adnans Leben von „Angst und Ausgrenzung“ erstickt, erzählt er. Sein Vater sagte: „Wir wollen nicht mehr mit Dir an einem Tisch sitzen.“ Und sein Bruder, ein Polizist, richtete eines Tages seine Waffe auf Adnan. Die Mutter ging dazwischen und wurde an der Schulter verletzt. Sie hatte sich noch nicht erholt, da gab sie Adnan Geld für die Flucht. Er ging nach Deutschland – und will nie mehr zurück nach Pakistan: „Wenn ich abgeschoben werde, weiß ich nicht, wie ich weiterleben soll.“

So schildert der 21-Jährige, der nun in Hanau wohnt, die Zeit vor seiner Flucht und seine jetzige Gefühlslage. In Wirklichkeit heißt er anders, der Name Adnan soll ihn schützen, weil es auch in der städtischen Gemeinschaftsunterkunft Leute gibt, für die Homosexualität ein Verbrechen ist. Dort muss er sich ebenfalls verstellen, genauso wie er es in Pakistan getan hatte, bis seine Beziehung zu einem Mann bekannt wurde.

Adnan kämpft gegen seine Abschiebung und wird dabei vom Verein Queer Hanau und der Frankfurter Gruppe Rainbow Refugees unterstützt, die sich für homosexuelle Geflüchtete einsetzen. Weil ihm in seiner Heimat Verfolgung und Tod drohen, hat Adnan 2015 einen Asylantrag gestellt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) lehnte diesen jedoch ab, die Klage dagegen vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt scheiterte ebenfalls. Das Gericht folgt im Wesentlichen dem Bamf und schreibt, „dass es zwar eine soziale Ausgrenzung Homosexueller in Pakistan gibt und Homosexualität zudem unter Strafe steht, homosexuelle Handlungen

aber vom Staat tatsächlich praktisch nicht verfolgt werden“.

Als Beleg wird ein Bericht des Auswärtigen Amtes genannt. Zudem habe der Kläger keinen Kontakt mit staatlichen Behörden gehabt, sondern „lediglich Schwierigkeiten mit seiner Familie und radikalen Muslimen“, heißt es in der Begründung. Den Problemen könne er „durch Verlagerung des Wohnsitzes“ entgegen. Insbesondere in den pakistanischen Millionenstädten sei es möglich, homosexuell zu leben, besonders „wenn er dies nicht offen zur Schau trägt“.

Adnan war über einen Flyer auf das Beratungsangebot von Queer Hanau aufmerksam geworden. Jetzt kämpfen sie gemeinsam dafür, dass die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts zugelassen wird. „Ich kann gar nicht beschreiben, wie dankbar ich für diese Hilfe bin“, sagt der 21-Jährige, der in einem Restaurant arbeitet.

Adnan und seine Mitstreiter kritisieren, dass das Gericht „völlig einseitig“ die Sicht des Bamf übernommen, andere Quellen ignoriert habe und die Anhörung nur fünf Minuten gedauert habe. Anders als das Bundesverwaltungsgericht in einer Leitentscheidung fordere, habe

der Richter den Sachverhalt „allenfalls holzschnittartig“ gewürdigt. Hätte er das „persönliche Verfolgungsschicksal“ und die Situation der Homosexuellen in Pakistan angemessen betrachtet, hätte Adnan Flüchtlingschutz bekommen, erklärt Adnans Anwalt. Adnans Seite argumentiert mit Dossiers des britischen Innenministeriums und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Diese berichten von gewalttätigen Übergriffen – auch in Metropolen – und Morden an Homosexuellen, welche durch mediale Aufrufe zu Gewalt gefördert worden seien. Außerdem, so David Faubel von Queer Hanau, werde die Strafbarkeit von Homosexualität in Pakistan benutzt, um zu drohen und zu erpressen, auch von Polizisten. Homosexuelle würden Übergriffe deshalb meistens nicht anzeigen. Und in einigen Fällen seien tatsächlich Freiheitsstrafen für homosexuelle Handlungen verhängt worden. Staatliche Verfolgung existiere also tatsächlich.

Adnan und seine Unterstützer wollen „alle Rechtsmittel ausschöpfen“, damit er bleibt, sagt Faubel. Der Fall habe Präzedenzcharakter und eine „grundätzliche Bedeutung“ für viele homosexuelle Asylsuchende.

### BERATUNG

**Der Verein Queer Hanau**, der sich für die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender einsetzt, hat seit 2016 ein Beratungsangebot für homosexuelle Geflüchtete.

**In Frankfurt** und anderen hessischen Städten wie Bießen bietet die Gruppe Rainbow Refugees eine Anlaufstelle.

**Weitere Infos** gibt es unter [www.queer-hanau.de](http://www.queer-hanau.de). gha